

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Petitzeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Preis der Arbeit

Wer den wuchtigen Sommer schwingt,  
 wer im Felde mäht die Lehren,  
 wer ins Mark der Erde dringt,  
 Weib und Kinder zu ernähren,  
 wer stroman den Rachen zieht,  
 wer bei Woll' und Werg und Flachse  
 hinterm Webstuhl sich müht,  
 daß sein blonder Junge wasche: —  
 Jedem Ehre, jedem Preis,  
 Ehre jeder Hand voll Schwielen,  
 Ehre jedem Tropfen Schweiß,  
 der in Sütten fällt und Mühlen!  
 Ehre jeder nassen Stirn  
 hinterm Pfluge! — Doch auch dessen,  
 der mit Schädel und mit Hirn  
 hungernd pflügt, sei nicht vergessen.

Ferdinand Freiligrath.

### Der Kampf um die Zollvorlage

Im „Zentralblatt“ Nr. 17 nimmt der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Kollege Otte, zu der durch die Annahme der Zollvorlage geschaffenen Situation wie folgt Stellung:

Die vielumstrittene Zollvorlage ist inzwischen im Reichstag verabschiedet. Gegenüber dem ersten rohen Kompromiß der Regierungsparteien sind noch einige Verbesserungen erzielt, indem insbesondere auch die Zollsätze für einige wichtige Lebensmittel und andere Bedarfsartikel herabgesetzt wurden. Inbetracht der Verhältnisse der Stellungnahme keineswegs, daß uns die beschlossene Regelung in mancherlei Hinsicht nicht zusagt. Die Abgeordneten des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben im Reichstag keinen leichten Stand innerhalb ihrer Parteien gehabt und haben insbesondere auch der Regierung gegenüber einen harten Kampf führen müssen. Letzteres gilt besonders hinsichtlich des Einkommens, die Umsatzsteuer für Lebensmittel ganz zu beseitigen. Die Regierung hat aus dieser Gelegenheit eine Kabinettsfrage gemacht und man stand zuletzt im Reichstag vor der Situation, entweder in diesem Punkt nachzugeben oder eine Regierungskrise in den Kauf zu nehmen. Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, daß die Beseitigung der Umsatzsteuer für Lebensmittel eine vollkommene Aushöhlung der Umsatzsteuer bedeute und der in Konsequenz dessen entstehende Steuerausfall, besonders unter Berücksichtigung der Reparationsverpflichtungen, nicht zu verantworten sei. Allerdings ist es gelungen, die Umsatzsteuer auf 1 Prozent zu ermäßigen. Dieses bedeutet immerhin einen Erfolg, der speziell im Hinblick auf die verteuernde Wirkung der Umsatzsteuer von Belang ist.

Es wäre allerdings verfehlt, die Gesamthaltung zur Zollfrage von einigen Einzelfragen abhängig zu machen. Notwendig erscheint, den verabschiedeten Zolltarif insgesamt einer Stellungnahme zu unterziehen und dabei auch die Haltung der aus der Bewegung hervorgegangenen Abgeordneten zu würdigen. Dieses erscheint um so mehr notwendig, als die Sozialdemokratie aufs schärfste gegen den Zolltarif, gegen die Regierungsparteien und gegen die aus unserer Bewegung hervorgegangenen Arbeiterabgeordneten Stellung nimmt. Der „Vorwärts“ hat verschiedentlich die Klagen Stegerwald, Giesberts und andere persönlich angegriffen; die sozialdemokratische Presse im Lande und die sozialistischen Angehörten machten sich vielfach zu getreuen Nachbetern des „Vorwärts“. In Bayern verbreitete der Landesausführer des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa ein Flugblatt, in welchem gegen den angeblichen Zollmücker und die „Ausplünderung durch die besitzende Klasse“ Stellung genommen und u. a. verlangt wird, daß die christlich organisierte Arbeitererschaft ihre parlamentarischen Vertreter zur Rechenschaft ziehen solle. Wenn ein solches „Zur-Rechnenschaft-ziehen“ notwendig ist, werden die christlichen Arbeiter dieses schon von sich aus besorgen. Sie benötigen dazu nicht einer Aufforderung von Seiten der Sozialdemokratie.

Eines möge aber vortweg festgestellt werden: die Sozialdemokratie treibt in der Zollfrage ein demagogisches Spiel. Ihre Stellungnahme ist nicht ganz ehrlich und ihre Entrüstung höchst deplaciert. Sie leistet sich als Oppositionspartei aus Agitationsgründen und Mangel an Verantwortung die übelste Beschimpfung anderer. Dabei weiß die Sozialdemokratie ganz gut, daß die Zollvorlage kommen mußte, ja, daß wir sie zwecks Abschluß von Handelsverträgen notwendig brauchen. Auch würde, wenn die Sozialdemokratie Regierungspartei

wäre, die Gestaltung im wesentlichen so ausgefallen haben, wie sie durch die Regierungsparteien erfolgt ist. Haben wir doch in all den Jahren, wo die Sozialdemokratie Regierungspartei war, dafür Beispiele erlebt. Wenn man ihre letzte Agitation zu dem damaligen Verfaßten in Vergleich stellt, müßten wir in den letzten Jahren, als die Sozialdemokratie noch mitregierte, wirklich herrliche Zeiten gehabt haben. Davon hat aber das deutsche Volk nichts gemerkt, im Gegenteil, die Sozialdemokratie hat damals des öfteren darauf hingewiesen, daß sie nicht allein die Mehrheit in der Koalition habe, und daß nicht alles nach ihren Wünschen gestaltet werden könne. Gilt das nicht auch von anderen Parteien, und insbesondere auch von den christlichen Arbeitervertretern in den Parlamenten? Bei der Verabschiedung der Zollvorlage ist es aber ähnlich so, wie im Dezember 1923 bei der Arbeitszeitverordnung. Der sozialdemokratische damalige Arbeitsminister Dr. Engler schrieb der Sozialdemokratie damals folgendes ins Stammbuch: „Es gibt keinen Reichstagsabgeordneten, der nicht innerlich überzeugt wäre, daß wir bei unseren jetzigen Arbeitsmethoden zugrunde gehen. Da aber Beamtenabbau und Arbeitszeitverlängerungen sehr unpopulär sind, so will man lieber nicht dabei sein und es die anderen machen lassen.“ („Karlsruher Volksfreund“ Nr. 266, 1923). Hinsichtlich der Haltung der Sozialdemokratie zur Zollvorlage ist es ähnlich. Sie ist innerlich ebenfalls davon überzeugt, daß die Zollvorlage kommen und verabschiedet werden mußte; aber aus Agitationsbedürfnis fällt man über diejenigen her, die den Mut zur Verantwortung haben. Wir als christliche Gewerkschaftsverbände sind mit einer Regierungskoalition nicht liiert, besonders auch nicht in einem Sinne, daß die volle Freiheit der Stellungnahme sowohl nach der einen wie nach der anderen Seite für uns nicht mehr gegeben wäre. Wogegen wir uns wenden ist die fast nur auf Agitation berechnete und vielfach gehässige Stellungnahme der Sozialdemokratie.

Folgende Hauptgesichtspunkte sind und bleiben für die Verabschiedung der Zollvorlage und damit auch für die Stellungnahme der christlichen Arbeiterabgeordneten entscheidend. Man kann in verschiedenen Einzelfragen eine abweichende Meinung haben, und wir haben eintleitend betont, daß wir in einzelnen Fragen eine solche ablehnende Haltung auch tatsächlich einnehmen. Das hindert aber nicht, letzten Endes den Zolltarif als Ganzes zu nehmen und dementsprechend zu bewerten. Bei der Gesamtstimmung kommt es auf folgendes besonders an:

1. Es liegt im Interesse der deutschen Wirtschaft und auch der deutschen Arbeitererschaft, daß wir mittels des Zolltarifs zu geordneten Handelsverträgen kommen.
- Der gegenwärtige Zustand wird bei längerer Dauer zu einer großen Gefahr für die deutsche Wirtschaft. Wir haben mit dem Ausland keine festen Handelsverträge. Unsere Ausfuhr wird zunehmend unterbunden, insbesondere auch deshalb, weil das Ausland sich gegen die Einfuhr deutscher Waren abschließt und dieselben mit hohen Zöllen belegt. Es würde zu weit führen, im Rahmen dieses Artikels die vielfach geradezu exorbitant hohen Zollsätze des Auslandes, in bezug auf die Einfuhr deutscher Waren, anzuführen. Selbst das von den Kommunisten so gepriesene bolschewistische Rußland hat Zollsätze, gegen die die vom Reichstag beschlossenen Sätze in wesentlichen Punkten noch sehr gering sind. Wenn von den hohen Zollmauern des Auslandes gesprochen wurde, so stimmt das durchaus. Es wäre beinahe Selbstmord, wenn wir untätig zusehen wollten, wie das Ausland die Fertigung deutscher Waren unmöglich macht. Die Folgen davon würden gerade die deutschen Arbeiter übel zu spüren bekommen. Man kann aber die Zollmauern des Auslandes nur beseitigen oder in erträglichen Grenzen halten, wenn die deutsche Regierung bzw. die deutschen Unterhändler bei den Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen Waffen in Form von Verhandlungszöllen in der Hand haben. Das liegt so klar auf der Hand, daß auch die Sozialdemokratie das nicht leugnen kann. Sie hat in internen Verhandlungen bei den Beratungen sowohl im Reichswirtschaftsrat wie auch im Reichstage im handelspolitischen Ausschuss dieses glatt zugegeben. In der öffentlichen Auseinandersetzung redet sie aber an diesem entscheidenden Punkt vorbei. Die Verhandlungszölle (das ist sogar ihr Zweck) sollen auf dem Verhandlungswege durch Vergleich herabgesetzt werden, und zwar in dem Maße, als auch das Ausland durch Ermäßigung seiner Zölle uns entgegenkommt. Die Zollvorlage basiert (mit einigen auch von uns beklagten Ausnahmen) auf dem Gedanken der Verhandlungszölle.
- Man kann die Landwirtschaft nicht einfach von dem Zolltarif ausschließen. Die landwirtschaftlichen Produkte bei den Verhandlungen mit dem Ausland zur Erreichung günstiger Handelsverträge ebenfalls eine nicht unerhebliche Rolle

Demgegenüber kann man nicht, wie es in einer Eingabe der freien und kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften an die Regierung geschieht, mit dem Argument kommen, man möge der Landwirtschaft erst mit anderen Mitteln zu helfen suchen und, wenn sich dann herausstelle, daß diese Maßnahmen nicht zum Ziele führen, möge man zu den Agrarzöllen endgültig Stellung nehmen. Wir bedauern, daß man bei Vieh und Fleisch von dem Gedanken der Verhandlungszölle abgegangen ist und Mindestzölle einsetzte, die — als sie nicht mehr zu verhindern waren — auf Betreiben der christlichen Arbeiterabgeordneten eine wesentliche Reduzierung erfahren haben (z. B. bei Speck von 36 auf 14 Pf. pro Doppelzentner). Es kann gar nicht verkannt werden, daß es von äußerster Wichtigkeit ist, die deutsche Viehzucht zu schützen und stark zu fördern. Auch ist richtig, daß die Viehzölle insbesondere den kleineren und mittleren Bauern zugute kommen. Die Einführung eines, wenn auch niedrigen, Futtermittelzolles (bei Getreide 1 Pf. pro Doppelzentner) steht aber auf der anderen Seite dem Gedanken der Förderung der deutschen Viehzucht entgegen. Das sind Mängel an der getroffenen Regelung, die besonders auch unsere Billigung nicht finden können.

3. Die Zölle werden zunächst zwar verteuern und wirken, in ihrer Endwirkung aber die Wirtschaft und damit auch die Lebensmöglichkeit der deutschen Arbeitererschaft heben.

Entscheidend für uns ist insbesondere auch, daß unsere Industrie Absatz und Beschäftigung hat. Es müßte uns nichts, wenn ohne Zölle und Handelsverträge die Preise vielleicht etwas niedriger sind, aber die Industrie keinen Absatz hat und keine entsprechende Beschäftigungsmöglichkeit bieten kann. Auch darf man nicht vergessen, daß die Beseitigung der Landwirtschaft sich in erhöhter Kaufkraft auf dem Innenmarkt auswirkt. Die Abwanderung vom Lande in die Städte, die Vermehrung des Arbeiterangebots in der Industrie durch Zuwanderung vom Lande und der Druck überzähliger Arbeitskräfte können nur abgewehrt werden, wenn die Industrie selbst in Gang bleibt und andererseits die Landwirtschaft Lebensbedingungen hat, die nicht zu einer Abwanderung direkten Anreiz geben. Ueberzieht man so die Zusammenhänge — und man kann die Dinge nicht allein vom Konsumentenstandpunkt aus ansehen — dann stehen den Nachteilen einer Verteuerung die Vorteile einer stärkeren Belebung der Wirtschaft und vermehrter und besserer Beschäftigungsmöglichkeit gegenüber. Es ist eine Tatsache, daß die Landwirtschaft — die Erzeuger — meist nicht zuviel für ihre Erzeugnisse bekommen, daß aber die Aufschläge im Zwischenhandel vielfach ungeheuerlich sind. Die wichtigsten Parajiten und Warenverteuerer sind nicht die Bauern, sondern meistens der Zwischenhandel. Letzterer kommt aber in der Kritik besonders in der sozialistischen und mehr noch in der demokratischen Presse viel zu gut weg. Darum verlangen wir außer dem bereits Zugefügten

### 4. weitere soziale Zugeständnisse der Regierung.

Nachdem es noch nicht gelungen ist, die Umsatzsteuer für Lebensmittel ganz zu beseitigen, sondern nur eine Herabsetzung derselben auf ein Prozent, verlangen wir von der Regierung, daß sie durchgreifende Maßnahmen gegen den übersehten verteuernenden Zwischenhandel ergreift. Die Konsumenten können es sich nicht dauernd gefallen lassen, daß ein so großes Heer von Zwischenhändlern die Lebenshaltung des Volkes über Gebühr verteuert. Neben der Selbsthilfe der Konsumenten, besonders auch in der Genossenschaftsbewegung, sollte die Regierung selbst initiativ gegen überflüssige und volkswirtschaftlich schädliche Zwischenglieder vorgehen und besonders auch den direkten Warenaustausch zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften fördern und unterstützen.

Sodann darf dem Bestreben weiter Arbeitgeberkreise auf Senkung der Soziallasten, auf Stillstand in den Löhnen in keiner Weise nachgegeben werden. Dasselbe gilt hinsichtlich der Einwirkung von Arbeitgeberseite auf die Schlichtungsinstanzen und die Verbindlichmachung von Schiedsrichtern.

Bei den Verhandlungen über die Handelsverträge müssen (was, soweit wir informiert sind, auch bereits zugesagt wurde) Arbeitnehmer hinzugezogen werden. Hier werden insbesondere dann auch die Vertreter der sozialistischen Arbeitererschaft Gelegenheit haben, alle Versuche zu machen, das Ausland zum Nachgeben in bezug auf Herabsetzung seiner hohen Zollsätze zu bewegen, damit dann, in Konsequenz davon, auch unsere eigenen Zollsätze angepaßt und gegebenenfalls ermäßigt werden können. Endlich müssen die zugesagten Maßnahmen hinsichtlich der Zuführung des zollfreien Gefrierfleisches an die unterbemittelten Schichten unverzüglich ergreifen werden.

Da die jetzige Zollregelung nur bis Ende Juni 1927 gilt, muß darauf hingearbeitet werden, daß die Mängel, die bei dieser provisorischen Lösung nicht zu vermeiden

waren, bei der später erfolgenden endgültigen Regelung beseitigt werden.

Alles in allem genommen, betonen wir nochmals, daß uns Verschiedenes an der inzwischen verabschiedeten Zollvorlage nicht gefällt. Es hindert uns aber nicht, anzuerkennen, daß unsere Vertreter manches erreicht haben, insbesondere auch neben dem bereits Erwähnten, daß für die Aufwertung der Invalidenversicherungsanstalten jährlich 40 Millionen Mark, für die übrigen caritativen Anstalten 10 Millionen Mark aus den Erträgen der Zölle verwandt werden sollen, und daß unbeschadet der Einzelheiten die Verabschiedung der Zollvorlage notwendig war, damit wir endlich zu tragbaren Handelsverträgen und wirtschaftlichen Abmachungen mit dem Ausland kommen. Diese Verträge braucht die deutsche Wirtschaft und die Arbeiterschaft in ihrem ureigensten Interesse.

## Das amerikanische Baugewerbe

II.

### a) Kosten und Rationalisierung

Von Edm. Meijnschmidt, Detroit.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben rund 110 Millionen Einwohner, davon sind rund 40 Millionen als Arbeiter, Landwirte, Angestellte, als Geschäftsleute usw. erwerbstätig, und von diesen 40 Millionen sind etwa 4 Millionen, das sind also 10 Prozent aller Erwerbstätigen des Landes, im und für das Baugewerbe im weitesten Sinne tätig. Darin eingeschlossen ist natürlich auch die Arbeit zur Herstellung der Baumaterialien und wiederum zur Herstellung von Rohle, Maschinen usw., mit deren Hilfe man die Baumaterialien fabriziert. Bei dieser großen Zahl der für das Baugewerbe tätigen Menschen kann man den großen Einfluß begreifen, den guter oder schlechter Geschäftsgang in diesem Gewerbe auf Konjunktur oder Krise des ganzen Wirtschaftslebens ausübt. Das Studium der Wirtschaftskrisen lehrt, daß neben vielen anderen zeitlich und örtlich verschiedenen Bestimmungsgründen eine falsche Baupolitik (besonders der Notenbank), schlechte Getreidernten und vor allem Krisen im Baugewerbe die Wirtschaftslage großer Volkswirtschaften entscheidend beeinflussen. Die von Hoover, dem amerikanischen Handelsminister, im Jahre 1923 eingesetzte Kommission zum Studium der Wirtschaftskrisen und der Arbeitslosigkeit hat dem Baugewerbe die große Aufgabe zugesprochen, den Beschäftigungsgrad der Wirtschaft im Gleichgewicht zu halten durch bewußte Verschlebung öffentlicher, privater und Geschäfts-Bauten auf Zeiten nachlassender industrieller Geschäftstätigkeit.

Der Wert aller Gebäude, die in diesem Jahre in den Vereinigten Staaten hergestellt wurden, wird auf annähernd sechs Milliarden Dollar geschätzt. Das sind fast 10 Prozent des jährlichen Volkseinkommens, die auf diese Weise investiert werden.

Diese wertmäßig 25 Milliarden Goldmark Bauleistungen entsprechen in Wirklichkeit nicht gleichen Werten in Europa (die Häuserpreise sind zwei- bis vierfach so hoch), weil die Rationalisierung im amerikanischen Baugewerbe mit den gegenüber Europa vier- bis achtmal höheren Löhnen nicht im gleichen Maße Schritt gehalten hat, wie das in anderen Industriezweigen der Fall ist. Auf die fabrikmäßige Herstellung der Baumaterialien erstreckt sich zwar auch der amerikanische Rationalisierungsvorstoß in den Produktionsmethoden weitgehend. Das bricht sich zum Teil in den relativ niedrigen Baumaterialpreisen aus. In Chicago kosten z. B. 1000 Stück gewöhnliche Bausteine seit 1921 bis 1924 12 Dollar. Obwohl die Arbeiter an den großen Maschinen, die täglich Hunderttausende von Steinen herstellen, 71 Cent, das sind beinahe drei Mark, Stundenlohn erhalten, sind die Bausteine nur wenig teurer als in Deutschland. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der „Common brick“, der Normalbaustein in Amerika, etwas kleiner ist als in Deutschland (das Verhältnis ist etwa 2:3). Der Verbrauch an Bausteinen in Chicago, wo die Steine am billigsten sind und nach rationellsten Methoden hergestellt werden, ist aber auch riesig groß. Er betrug z. B. im Jahre 1924 1 1/2 Milliarden Stück.

Je näher wir dem Bauplatz kommen, desto kleiner wird der Rationalisierungsvorstoß gegenüber Deutschland. Man bemerkt wohl noch diese und jene praktischen Reibhaken, als sie bei uns bekannt sind; die Erbauungskosten gerät bei großen Bauten z. B. ausschließlich mit Raupenbaggern, beim Bau eines kleinen Hauses mit einem besonderen Pfahl und einer großen Schaufel, die beide durch ein Pferd gezogen werden. So wird viel an der teuren menschlichen Arbeitskraft eingespart. Aufzufallen ist mir an Kleinigkeiten z. B. eine eiserne Hebelzange, mit der keine Kladden oder Klappen von geschichteten Bausteinen jeweils ungefähr zehn Stück gepackt und weggetragen werden und an einer anderen Stelle gleich wieder schon in Reih und Glied hingelegt werden können. In den Städten kommen ja hauptsächlich Hochbauten mit mindestens zehn Stockwerken vor. Da wird gleich nach Beendigung der Ausschachtung das letzte Gerüst aus T- und U-Eigentragern bis zum Dach hinauf fertiggestellt. Dieses feste Eigengerüst erleichtert die übrigen Arbeiten ungemein; große Stahlkäufe können bereits eingebaut werden, und Gerüste von außen sind nicht mehr nötig, da die von außen anzubringenden Deck-, Mauer- und Malerarbeiten von Leitern aus verrichtet werden, die hoch oben am Gerüst mit Drahtseilen befestigt sind und vom Steg aus selber mit Winden nach Bedarf hochgezogen und herabgelassen werden können. Das sind so einige kleine Details. Im großen und ganzen sind die Bauverfahren in Deutschland ähnlich nicht so sehr überlegen.

Die tägliche Arbeitsleistung der Mauerer ist ganz verhältnismäßig und zwar nicht nur nach der Art der auszuführenden Arbeit, sondern auch je nach den Gegebenheiten und den Bestimmungen der Gewerkschaften, die das Baugewerbe seit je und nur erst gar nach der

an den einzelnen Orten bestehen. — In Chicago bestand lange Zeit die gewerkschaftliche Vorschrift, daß nicht mehr als 1000 Steine in acht Stunden gelegt werden dürfen. Wie verschieden die Leistungen sind, zeigen Erhebungen, die das Arbeitsministerium im letzten Jahr gemacht hat. Aus Indianapolis meldeten z. B. zehn Bauunternehmer die niedrigste Leistung von 96 Bausteinen in der Stunde, während aus Birmingham acht Unternehmer eine Höchstleistung von 241 Steinen in der Stunde berichteten. Daß auch hierin die Gewerkschaften keine einheitliche Politik über das ganze Land hin treiben, zeigt eine Erhebung, die feststellte, daß in Atlanta bei acht Bauten, die unter Gewerkschaftsbedingungen ausgeführt wurden, durchschnittliche Stundenleistungen von 244 Steinen vorkommen, während zehn „Union-jobs“ aus Chicago nur 162 Stück pro Stunde meldeten. Wenn es übrigens gelingt (zumeist in ländlichen Gegenden), die Gewerkschaften und ihre Leute von einem Bau fernzuhalten, so sind die Stundenleistungen meist niedriger. Die Erhebung weist 128 und 143 Steine in solchen Fällen als Stundenleistungen auf (weil die dabei verwendeten Leute meist weniger geübt sind; auch ist dabei die Unterstützung durch Zubringung des Materials usw. schlechter).

Jedenfalls zeigt es sich, daß man in der Rationalisierung des Hausbaues (womit ich die Ausführung des Hauses am Bauplatz meine) den deutschen Methoden nur wenig voraus ist. Es sei dabei noch bemerkt, daß hier manchmal Arbeiten geleistet werden, deren sich ein deutscher Handwerker schämen würde. Auf solches erregtes Arbeiten wird wenig Wert gelegt. Wenn die Sache nur hält. Selbst bei Bauten erstklassiger Hotels unterlaufen manchmal haarsträubende Dinge. Da ist z. B. hier ein zwei Millionen Dollar kostendes Miesenhotel mit einem als alldentscher Ritteraal wunderbar ausgestatteten Gesellschaftssaal. Acht Monate ist das Hotel jetzt in Betrieb, und schon beginnt die feine Holztafelung des Saales zu wackeln. Auf der einen Seite ist sie bereits diebhauchig gewölbt, auf der anderen Seite steht sie oben, ungelogen, zehn Zentimeter von der Wand ab. Ordentliche Handwerker zu finden, die ihren Beruf vollkommen beherrschen, ist schwer. Spekulation und Schwindel schieben sich außerdem dazwischen, und so geschehen dann oft solche schlimmen Dinge. Seit zwei Jahren fehlen allerdings ganz energische gewerkschaftliche Propaganda und auch eigene gewerkschaftliche Schul- und Kursusbetriebe ein für berufliche Fort- und Ausbildung. Auch dem Lehrlingswesen wird in letzter Zeit größte Aufmerksamkeit gewidmet. Das ist das Uebertragende in diesem Land: wenn mal etwas angepackt wird, so entwickelt man dabei ungeheure Energie und Großzügigkeit. Bei diesem schnellen, oft unüberlegten Zugreifen unterlaufen manchmal Miesfehler; die fallen aber kaum ins Gewicht gegenüber den Erfolgen der energischen Tat.

Andererseits: Deutsche Hausfrauen, mit denen ich bis jetzt auf meiner Reise zusammenkam, äußerten immer wieder ihre Bewunderung darüber, daß man in Deutschland nicht so praktisch baue wie hier. Die in den Wänden eingebauten Schränke (auch Bücherschränke mit Glasüren) vermindern nicht nur das Unzugsgut, sondern erleichtern auch das Reinigen der Zimmer; wieviel staubige Ecken und Flächen fallen dadurch weg. Vor allem aber ist die Hausfrau für die vielen kleinen Einrichtungen dankbar, die den „Transport“ aller Art im Hause erleichtern. Da ist der Aufzug aus dem Keller für Holz und Kohle, und bei der Stagentwohnung auch für Waren. Da ist der Müllschacht und der Wäschechacht. Dieser mündet in der Waschküche und hat Zugangstüren in der Küche, im Badezimmer und meistens noch in einem Schlafzimmer. Da wird schmutzige Wäsche einfach hineingeworfen und ist im nächsten Augenblick schon in der Waschküche gelandet. Die meisten der vielen alleinstehenden Einfamilienhäuser, aus denen sich große Teile sogar amerikanischer Millionenstädte zusammensetzen, haben vom Garten her zwei kleine Tüchchen; die eine benutzt der „Milchmann“, um die Milch von außen in einen kleinen Kasten zu stellen, der dann auch von der Küche aus geöffnet werden kann. Das andere Tüchchen führt direkt in den Eisraum des Eisschranks. Fährt der „Eismann“ mit seinem Wagen vorbei, so steht er sofort an einem ausgehängten Schiß, ob Eisbedarf vorliegt. Befriedigend fällt er dann von außen den Eisschrank auf. Auch die Einrichtung der Küche und die Anordnung der Räume zueinander sind in einem amerikanischen Hause sehr praktisch. Doch gibt es da keine einheitlichen Regeln, weil die Häuserarten selber sehr verschieden sind. Man trifft Hausstile, hergelehrt von allen europäischen Nationen. Burgalow, holländischer Kolonialstil, spanisches Cottage wechelt in bunter Folge miteinander ab. Allen aber sind die eben geschilderten praktischen Vorzüge eigen, und auch die konzentrierteste deutsche Hausfrau von meinen Reisebekannten, eine Wessalin, die weder Puder, Schminke noch Dublöpp mitnahmte und ihre Kinder mit Energie in deutscher Sprache und deutschen Sitten erzog, war über diese Erleichterungen der Haushaltsführung des Lobes voll. (Fortsetzung folgt.)

## Bauarbeiterhebe in einem Kreisblatt

So alles, was „Wirtschaft“ heißt, gegen die Bauarbeiter hegt, da darf natürlich das „Röfster Tageblatt“, Amtliches Bezugsorgan der Stadt- und Landbezirke Köffel und Bisdorfstein, nicht fehlen. In seiner Nr. 200 vom 29. 8. 25 veröffentlicht es folgenden Gallimathias:

„Die Herren Bauarbeiter befehlen nun schon die nächste Woche im Streit zu verharren. Sie lassen ihre Spitzenorganisationen und die Arbeitgeber sich ruhig die Köpfe zerbrechen und Schiedsprüche fällen, die sie dann ihrerseits prompt ablehnen. Obwohl es kein Geheimnis ist, daß die Bauarbeiter seit je und nur erst gar nach der

Revolution immer die am besten bezahlte Kategorie repräsentieren, obwohl man um ihre Liebe gebuhlt hat, als ginge es um eine Primadonna — die Herrschaften sind nicht zufrieden. Sie haben sich nun einmal darauf versteift, im Tarif einen neuen „Rekord“ aufzustellen. Den wollen sie durchdrücken. Das andere geht sie anscheinend gar nichts an.

Über dieses andere geht das deutsche Volk sehr viel an! Der Bauarbeiterstreik bedeutet eine Brachlegung des ganzen Baugeschäfts und damit die Durchkreuzung all der schönen Pläne zur Hebung der katastrophalen Wohnungsnot. Neubauten sind begonnen worden, die nur schon seit Wochen stilliegen und allen Unilden der Witterung ausgesetzt sind. Die Stadt Berlin vor allem ist aufs empfindlichste betroffen worden. Wichtige Erneuerungen an den öffentlichen Werken, als da sind Gas- und Elektrizitätswerke können nicht durchgeführt werden, und die Bürgererschaft der Vier-Millionen-Stadt wird im kommenden Winter die Kosten zu tragen haben. Es wird Schwierigkeiten in der Gas- und Lichtversorgung geben, und dann haben die Herren Genossen aller Farbschattierungen wieder den schönsten Grund, das Mündchen voll zu nehmen. So daß also indirekt dieser Streik, trotzdem er eigentlich nur Schaden anrichtet, den Umstürzern wieder Wasser auf die Mühle bringt.

Nicht recht verständlich ist die bisherige Haltung der Arbeitgeber-Verbände des Baugewerbes. In übertriebener Toleranz haben sie verhandelt und verhandelt, ohne energisch durchzugreifen. Jetzt, wo die Lage auf die Spitze getrieben ist, werden sie nicht umhin können, das Druckmittel der Aussperrung anzuwenden. Das bedeutet natürlich eine weitere Verschärfung der Lage, und Moskau wird schon das seinige dazu tun, um hier im Trauben zu sitzen. So stehen uns also aller Borausicht nach recht angenehme Herbst- und Wintermonate bevor.

Aber die Reichsregierung? Und das Reichsarbeitsministerium? Und die übrigen staatlichen Behörden? Hat keine von ihnen die Macht, hier endlich einmal Ordnung zu schaffen? Ihre Vertreter sitzen getreulich am grünen Verhandlungstisch, machen Statistiken und berechnen vergleichende Lohnziffern, um dann am Ende mit bedrohlich ansehender Aktentasche, jedoch gänzlich erfolglos, das Lokal zu verlassen. Es muß aber etwas geschehen, wenn nicht unser ganzes, an sich schon wirtschaftlich hart genug geprägtes Wirtschaftsleben vor die Hunde gehen soll. Ein Staat, der seine Machtmittel nicht zu gegebener Zeit anwendet, ist ein Lünding. Dann hätten ja die Militärs recht, wenn sie sagen, es bedürfte keines Staatswesens, der einzelne allein sei Maßstab und oberster Richter in allen Dingen. So geht es aber nicht weiter. Wir hatten schon geglaubt, trotz Versailles Diktat und aller anderen Erzhörnisse über die schlimmsten Hindernisse hinweg zu sein. Nun soll nach dem Willen der Genossenschaften die ganze Sache von vorn beginnen.

Es gibt aber außer Nazis und Kommunisten auch noch beträchtlich viel andere Leute im Deutschen Reich, die über solche Dinge anders denken. Sie sollen nun endlich ihre Stimme erheben und den maßgebenden Stellen ins Gewissen reden, damit der Schaden nicht bergehoch anwächst. Denn schließlich und endlich mußte auch der eingefleischteste Parteigänger erkennen haben, daß es mit Parteidoktrinen allein nicht zu machen geht. Wir wollen und müssen arbeiten, oder wir können unter unserer Existenz als starkes Volk für immer einen Strich machen. Peter Treu.“

Also die Staatsmacht soll die um einen ausreichenden Lohn ringenden Bauarbeiter niederknüppeln. Daß diese Herrschaften die Macht des Staates gegen den unerschrockenen Preis- und Löhnsucher anrufen, hat noch niemand gehört. Im übrigen auf die Schmierpetereien einzugehen, besteht wohl kein Anlaß. Sie seien lediglich tiefer gehängt.

## Allgemeine Rundschau

### Mensch und Maschine

Um die schwierige Lage zu meistern, in die wir durch den verlorenen Krieg, die Inflation und die Reparationsverpflichtungen gelangt sind, müssen wir unsere Industrie und den sonstigen Wirtschaftsprozess möglichst zu rationalisieren suchen, um so durch Vereinfachung und Verbollkommnung zu billigen Preisen zu gelangen und auf den Märkten wettbewerbsfähig zu werden.

„Es wäre aber,“ so bemerkt die „Industrie- und Handelszeitung“ (1925, 173), „verfehlt, wenn man annehmen wollte, daß mit der reinen Veränderung der ökonomischen Struktur Gefahren unserer gegenwärtigen Lage als Wirtschaft, Staat und Volk allein zu begegnen wäre. Die Gefahr droht, daß bei allen diesen Maßnahmen, die der Not unserer Wirtschaft entspringen, der Mensch, der primäre Faktor alles Wirtschaftens, nicht die zureichende Beachtung findet. Und doch! Wenn gerade amerikanische Verhältnisse Vorbildlich für die Bestrebungen nach Rationalisierung geworden sind, dann darf nicht vergessen werden — um den Faktor Mensch nur unter einem Gesichtspunkt herauszugreifen — daß gerade die Vereinigten Staaten auch dabei sind, in großzügigster Weise die bessere Auswertung des Produktionsfaktors Mensch durch eine nach Gehalt und Form verdichtete Berufserziehung in die Wege zu leiten. Die Anstrengungen, die diese auf dem Gebiete der Nachwuchserziehung machen, sind außerordentlich und sollten von uns aufmerksam beachtet werden. Wenn daher die deutsche Industrie heute sich mit der Absicht großer Umorganisationen zum Zwecke der Produktionsvereinfachung, -steigerung und -verbilligung trägt, vergesse sie nicht, wie sie die gegenwärtige Anarchie der Berufsausbildung in der Industrie überwinde und sie durch ein großzügiges, geordnetes auf Berufswahl und Berufshule basierendes Berufserziehungssystem ersetzt. Nur

so wird sie in den künftigen Auseinandersetzungen wirtschaftlicher Natur eine geschulte und arbeitsfreie Arbeiterklasse haben, mit Hilfe deren sie ihr Lebensrecht und ein gedeihliches Dasein behauptet. Auf diese Notwendigkeiten ist auch von führender industrieller Seite in der letzten Zeit wiederholt hingewiesen worden. Wünschenswert bleibt nur, daß solche Mahnungen auch allenthalben im Lande und in den Betrieben beachtet werden. Die Schaffung eines tüchtigen Facharbeiternachwuchses muß eine der dringendsten Sorgen aller Betriebsleiter sein.

Das sind für ein Industrie- und Handelsblatt recht vernünftige Gedankengänge. Nur ist hinzuzufügen, daß mindestens ebenso wichtig als die Heranbildung eines tüchtigen Facharbeiternachwuchses die Entlohnung der fertigen Facharbeiter ist. Wie die Erfahrung alle Tage lehrt, ist diese Seite des Problems von den Industriellen noch gar nicht begriffen.

**„Die der Selbstzucht Entwöhnten“**

Es ist unser Verhängnis, daß es den Preisen, die die Wirtschaftskrisis in erster Linie verschuldet haben, an der Selbsterkenntnis mangelt. Um so wertvoller ist es deshalb, wenn ein Mitglied des Reichsverbandes für Damen- und Mädchenkleidung, Frenkel, Selsenkirchen, die Ursachen klar erkennt, und den Mut hat, sie auszusprechen. Im Berliner Messefest der „Deutschen Konfektion“ macht er seine eigenen Kollegen verantwortlich für die Sachlage, in die sie geraten sind. Des weiteren bestätigt er die Feststellung, die die christlichen Gewerkschaften schon seit langem gemacht haben, daß die verringerte Kaufkraft der Löhne eine Steigerung der Preise bewirke. Hören wir ihn selbst:

„Man konnte nicht mehr über die Zeit der Inflation hinaus denken. Was dort gut und klug war, ist zum Uebel der Zeit geworden, an dem alle Gedächtniswunden kranken. Das „nach der Decke strecken“ ist für die der Selbstzucht Entwöhnten unmöglich geworden. Es ist nicht möglich, daß weiter in dem Maße wie in den Zeiten des Aufschwunges oder wie man es sich während der Scheinblüte der Inflation erlaubt hat, einseitig der schwächste Erzeuger die Preise bestimmt. Auch kann es nicht mit richtigen Dingen zugehen, wenn z. B. seit dem Fallen des Wollpreises um etwa 30 Prozent keine nennenswerten Verbilligungen der Ware eingetreten ist. Offen muß gesagt werden, daß die heutigen Einkaufspreise sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen, es sei denn, daß der ohnedies erheblich gesunkene Konsum weiter ins Uferlose fällt. Fällt aber der Konsum, so müssen die Preise weiter steigen, weil auf den verminderten Umsatz die gleichen Geschäftskosten immer noch der ganzen Produktions- und Verteilungskette lasten würden. Bei der heutigen Weigerung der Industrie, höhere Löhne zu zahlen, wäre das der Anfang vom Ende. Alle im Produktions- und Verteilungsprozess tätigen Kreise sollten sich der Verantwortung bewußt sein und mithelfen, die Preise auf eine Stufe zu bringen, die es ermöglicht, daß wir im wahren Sinne des Wortes „Vollversorger“ sind, und nicht nur eine ganz dünne Schicht bedienen, der es vorläufig noch möglich ist, ihren Bedarf zu decken. Durch höhere Umsätze zu billigeren Waren, muß die Devise sein.“

Wenn diese Erkenntnis Allgemeinut unserer Unternehmer und Händler wäre, stünde es besser um die deutsche Wirtschaft und auch die Lohnkämpfe würden manches von ihrer heutigen Schärfe verlieren.

**Die „65 000 Gewerkschaftssekretäre“**

„Der Deutsche“ (Nr. 192/1925) schreibt: Neuerdings taucht wieder jenes wohl zuerst von der „Berliner Börsezeitung“ verbreitete Märchen auf von den „höhen“ 65 000 Gewerkschaftssekretären, die durch immer neue Lohnforderungen die Wirtschaft in Unruhe halten. Die „Berliner Börsezeitung“ gebrauchte wenigstens die Vorsicht, von den angeblich 65 000 Gewerkschaftssekretären zu reden. Die Zeitschrift „Das Deutsche Vollen-Gewerbe“ aber versteigt sich in diesen Tagen (18. 7. 1925) zu der fühnen Behauptung: „Tatsächlich über 65 000 Gewerkschaftssekretäre haben in Deutschland durch immer neue Lohnforderungen ihre Existenzberechtigung zu beweisen.“

Diese Vorläufigung einer riesigen Gewerkschaftsbürokratie ist in ihrer Wirkung psychologisch sehr berechnend. Die Öffentlichkeit soll glauben, ein Heer von Gewerkschaftssekretären sei beschäftigt, und müsse durch immer neue unerlöste Lohnforderungen sich im Amt und im Wohlwollen der Mitglieder behaupten. Was aber hat es in Wirklichkeit mit dieser Behauptung auf sich? Kann man mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit annehmen, daß in den deutschen Gewerkschaften auf etwa 1500 Mitglieder ein vornehmlich sozial- und tarifpolitisch tätiger Außenbeamter entfällt. In den Gewerkschaften mit besonders gut durchgebildeter Organisation mag schon auf eine geringere Mitgliederzahl ein Außenbeamter kommen, in Verbänden mit wenig entwickelter Organisation jedoch müssen sich oft 2000, 3000 und noch mehr Mitglieder mit einem Außenbeamten begnügen. Schätzen wir nun die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmererschaft auf zehn Millionen — die Zahl ist hoch gegriffen — dann sind in der deutschen Gewerkschaftsbewegung insgesamt nicht mehr als 6000 bis 7000 berufsamtsliche Mitarbeiter tätig. Streicht man also von den 65 000 eine Null weg, dann kommt man der Wirklichkeit ziemlich nahe. Doch eben dieses muß man recht verstehen, wie aus einem man macht zehn!

Obendrein sind die deutschen Gewerkschaftsvertreter in ihrer großen Mehrzahl sich der begrenzten Erfolgsmöglichkeit lohnpolitischer Aktionen wohl bewußt. Und müßten wir, wenn wir dem Arbeitgeberbeispiel folgend die Tatsachen vergrößern wollten, nicht umgekehrt sagen: Es reht den Gewerkschaftsvertretern eine ganze Armee von Unternehmernyndizi gegenüber, deren einzige produktive Aufgabe darin besteht, immer aufs neue die unproduktivität der Wirtschaft zu beweisen?

**Am 26. Sept. 1925 ist der neununddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.**

Wann endlich wird die deutsche Arbeitgeberchaft Schluss machen mit so leichtfertigen und die sozialen Beziehungen vergiftenden Zahlenangaben?!

**Tarifbewegung**

**Hannover, Braunschweig, Thüringen, Ostpreußen**

Die am 10. 8. 1925 für das Baugewerbe vereinbarte Schlichtungsstelle trat am 16. September zusammen, um mit den Tarifparteien auf dem Verhandlungswege die in obengenannten Tarifgebieten vorhandenen Lohnstreitigkeiten beizulegen.

Die Verhandlungen fanden am 16. und 17. September im Reichsarbeitsministerium statt und dauerten an beiden Tagen bis in die späten Nachstunden hinein. Für das Tarifgebiet Ostpreußen ist zu bemerken, daß die Lohnstreitigkeiten zu Kampfmaßnahmen geführt haben, indem die Bauarbeiter seit dem 12. 9. ausgesperrt sind. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden und wurden dann nachstehende Schiedssprüche gefällt.

**Nordwestdeutschland (Hannover)**

Berlin, den 17. September 1925.

In dem Lohnstreit für das Vertragsgebiet Nordwestdeutschland zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, dem Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes E. B., dem Beton- und Tiefbauarbeiterverband für Deutschland E. B. und dem Deutschen Baugewerksbund, dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, dem Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer hat die von den Tarifparteien vereinbarte Schlichtungsstelle in ihrer Sitzung vom 16./17. September 1925, an der teilgenommen haben die Herren Reichswirtschaftsgerichtsrat Dr. Königsberger, Berlin, als unparteiischer Vorsitzender; Direktor Dr. Stauch, Brix, Landeshauptmann Dr. Caspari, Mejeris-Obrawalde, als unparteiischer Beisitzer; Syndikus Dr. Grundmann, Berlin; Syndikus Dr. Stroug, Berlin; Maurermeister Lehmann, Bremen; Unternehmer Hiegler, Berlin, als Arbeitgeberbeisitzer; Sekretär Silber Schmidt, Köpenick, Gewerbebeamter Galle, Köpenick, Sekretär Thorad, Lichtenberg, Sekretär Ede, Hamburg, als Arbeitnehmerbeisitzer, folgenden einstimmigen Schiedsspruch gefällt:

1. Für die Zeit vom 18. September bis 30. November 1925 werden die Löhne wie folgt festgesetzt:

|                      |     |     |    |    |        |
|----------------------|-----|-----|----|----|--------|
| 1. Facharbeiter:     |     |     |    |    |        |
| Lohngruppe           | A   | B   | C  | D  | E      |
|                      | 109 | 104 | 96 | 87 | 77 Pf. |
| 2. Bauhilfsarbeiter: |     |     |    |    |        |
| Lohngruppe           | A   | B   | C  | D  | E      |
|                      | 93  | 89  | 83 | 76 | 68 Pf. |

2. Die bisherige Verteilung für die Stadt Hannover wird auf 3 Pf. erhöht.

3. Die bisherigen Löhne für Tiefbauarbeiter bleiben bestehen.

4. Zur Beschlussfassung über eine etwaige andere Lohngruppeneinteilung der Gebiete Osnabrück und Welle erachtet sich die vereinbarte Schlichtungsstelle zurzeit nicht für zuständig, da nicht dargetan ist, daß insoweit bereits bezirkliche Verhandlungen stattgefunden und keinen Erfolg gehabt haben.

5. Soweit durch Tarifvereinbarung oder Schiedsspruch die Bezüge der Lehrlinge geregelt sind, verbleibt es bei dem bisherigen Brauch.

6. Bezüglich der bezirklichen Regelung des Werkzeuggeldes oder sonstiger besonderer Entschädigungen wird der bestehende Zustand aufrechterhalten.

Die Erklärungsfrist läuft bis zum 23. September 1925, mittags 12 Uhr.

gez.: Dr. Königsberger.

**Braunschweig**

Berlin, den 17. September 1925.

In dem Lohnstreit für den Bezirk des Freistaats Braunschweig zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, dem Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes E. B., dem Beton- und Tiefbauarbeiterverband für Deutschland E. B. und dem Deutschen Baugewerksbund, dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, dem Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer hat die von den Tarifparteien vereinbarte Schlichtungsstelle in ihrer Sitzung vom 16./17. September 1925, an der teilgenommen haben die Herren Reichswirtschaftsgerichtsrat Dr. Königsberger, Berlin, als unparteiischer Vorsitzender; Direktor Dr. Stauch, Brix, Landeshauptmann Dr. Caspari, Mejeris-Obrawalde, als unparteiische Beisitzer; Syndikus Dr. Grundmann, Berlin, Syndikus Stroug, Berlin, Maurermeister Lehmann, Bremen, Unternehmer Hiegler, Berlin, als Arbeitgeberbeisitzer; Sekretär Silber Schmidt, Köpenick, Gewerbebeamter Galle, Köpenick, Sekretär Thorad, Lichtenberg, Sekretär Ede, Hamburg, als Arbeitnehmerbeisitzer, folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. Für die Zeit vom 18. September bis 30. November 1925 werden die Löhne der Facharbeiter wie folgt festgesetzt:

|            |     |     |    |     |     |    |        |
|------------|-----|-----|----|-----|-----|----|--------|
| Lohnklasse | I   | Ia  | II | IIa | III | IV | V      |
|            | 107 | 105 | 96 | 96  | 89  | 85 | 81 Pf. |

2. Die bisherigen Löhne für Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter bleiben bestehen.

3. Die Beschlussfassung über eine etwaige Zuweisung von Seelen zu einer anderen Lohnklasse wird gemäß einer entsprechenden Vereinbarung der Parteien bezirklicher Regelung vorbehalten.

4. Soweit durch Tarifvereinbarung oder Schiedsspruch die Bezüge der Lehrlinge geregelt sind, verbleibt es bei dem bisherigen Brauch.

5. Bezüglich der bezirklichen Regelung des Werkzeuggeldes oder sonstiger besonderer Entschädigungen wird der bestehende Zustand aufrechterhalten.

Die Erklärungsfrist läuft bis zum 23. September 1925, mittags 12 Uhr.

gez.: Dr. Königsberger.

**Thüringen**

Berlin, den 17. September 1925.

In dem Lohnstreit für den Bezirk Thüringen zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, dem Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes E. B., dem Beton- und Tiefbauarbeiterverband für Deutschland E. B. und dem Deutschen Baugewerksbund, dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, dem Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer hat die von den Tarifparteien vereinbarte Schlichtungsstelle in ihrer Sitzung vom 16./17. September 1925, an der teilgenommen haben die Herren Reichswirtschaftsgerichtsrat Dr. Königsberger, Berlin, als unparteiischer Vorsitzender; Direktor Dr. Stauch, Brix, Landeshauptmann Dr. Caspari, Mejeris-Obrawalde, als unparteiische Beisitzer; Syndikus Dr. Grundmann, Berlin, Syndikus Stroug, Berlin, Maurermeister Lehmann, Bremen, Unternehmer Hiegler, Berlin, als Arbeitgeberbeisitzer; Sekretär Silber Schmidt, Köpenick, Gewerbebeamter Galle, Köpenick, Sekretär Thorad, Lichtenberg, Sekretär Ede, Hamburg, als Arbeitnehmerbeisitzer, folgenden einstimmigen Schiedsspruch gefällt:

A. Für die Zeit vom 18. September bis 30. November 1925 werden die Löhne wie folgt festgesetzt:

|                      |     |     |    |     |        |
|----------------------|-----|-----|----|-----|--------|
| 1. Facharbeiter:     |     |     |    |     |        |
| Lohngebiete          | I   | IIa | II | III | IV     |
|                      | 101 | 92  | 87 | 78  | 71 Pf. |
| 2. Bauhilfsarbeiter: |     |     |    |     |        |
| Lohngebiete          | I   | IIa | II | III | IV     |
|                      | 88  | 78  | 74 | 66  | 61 Pf. |

B. Die Löhne für Tiefbauarbeiter bleiben in der bisherigen Höhe bestehen.

C. Bezüglich einer Sondervereinbarung für das Baugebiet Sacha sollen die Parteien in nochmalige Verhandlungen eintreten.

D. Soweit durch Tarifvereinbarung oder Schiedsspruch die Bezüge der Lehrlinge geregelt sind, verbleibt es bei dem bisherigen Brauch.

E. Bezüglich der bezirklichen Regelung des Werkzeuggeldes oder sonstiger besonderer Entschädigungen wird der bestehende Zustand aufrechterhalten.

Die Erklärungsfrist läuft bis zum 23. September 1925, mittags 12 Uhr.

gez.: Dr. Königsberger.

**Ostpreußen**

Berlin, den 17. September 1925.

In dem Lohnstreit für den Bezirk Ostpreußen zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, dem Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes E. B., dem Beton- und Tiefbauarbeiterverband für Deutschland E. B. und dem Deutschen Baugewerksbund, dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, dem Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer hat die von den Tarifparteien vereinbarte Schlichtungsstelle in ihrer Sitzung vom 16./17. September 1925, an der teilgenommen haben die Herren Reichswirtschaftsgerichtsrat Dr. Königsberger, Berlin, als unparteiischer Vorsitzender; Direktor Dr. Stauch, Brix, Landeshauptmann Dr. Caspari, Mejeris-Obrawalde, als unparteiische Beisitzer; Syndikus Dr. Grundmann, Berlin, Syndikus Stroug, Berlin, Maurermeister Lehmann, Bremen, Unternehmer Hiegler, Berlin, als Arbeitgeberbeisitzer; Sekretär Silber Schmidt, Köpenick, Gewerbebeamter Galle, Köpenick, Sekretär Thorad, Lichtenberg, Sekretär Ede, Hamburg, als Arbeitnehmerbeisitzer, folgenden Schiedsspruch gefällt:

A. Das in der anliegenden Niederschrift über die Verhandlung vom 16. d. M. festgestellte Ergebnis über die anderweitige Regelung der Lohngebiete wird mit Ausnahme der beiden letzten Abjase der Niederschrift mit folgender Maßgabe und mit Wirkung vom 18. September d. J. ab in Kraft gesetzt:

1. Auch die Stadt Gumbinnen wird dem Lohngebiet I A zugeteilt.

2. Das Verhältnis des Lohngebiets II zu dem Lohngebiet I wird auf 87 Prozent, das Verhältnis des Lohngebiets II A zu dem Lohngebiet I auf 79 Prozent, das Verhältnis des Lohngebiets III zu dem Lohngebiet I auf 76 1/2 Prozent festgesetzt.

B. Für die Zeit vom 18. September bis 30. November 1925 werden die Löhne wie folgt festgesetzt:

|                      |    |    |    |     |        |
|----------------------|----|----|----|-----|--------|
| 1. Facharbeiter:     |    |    |    |     |        |
| Lohngebiet           | I  | Ia | II | IIa | III    |
|                      | 93 | 84 | 81 | 73  | 71 Pf. |
| 2. Bauhilfsarbeiter: |    |    |    |     |        |
| Lohngebiet           | I  | Ia | II | IIa | III    |
|                      | 79 | 71 | 70 | 62  | 59 Pf. |
| 3. Tiefbauarbeiter:  |    |    |    |     |        |
| Lohngebiet           | I  | Ia | II | IIa | III    |
|                      | 64 | 58 | 56 | 51  | 47 Pf. |

C. Bezüglich der bezirklichen Regelung des Ver-  
zeugelbes oder sonstiger besonderer Entschädigungen,  
der Landzulage und der Lehrlingslöhne wird der be-  
stehende Zustand aufrechterhalten.

D. Die gegenseitigen Kampfmaßnahmen sind sofort  
aufzuheben.

Erklärungsfrist bis zum 23. September 1925, mittags  
12 Uhr.

gez.: Dr. Königsberger.

Beglaubigte Abschrift.

Berlin, den 16. September 1925.

In der Verhandlung über die Unterteilung der  
Lohngebiete in Ostpreußen ist von den Arbeit-  
gebern folgender Vorschlag gemacht worden:

Lohngebiet I, Königsberg.

Aus dem bisherigen Lohngebiet II sollen die Städte  
Allenstein, Jüterburg, Tilsit, Gbing, Marienburg,  
Marienwerder herausgenommen werden und zu einer  
Lohnklasse IA vereinigt werden. Für dieses Lohngebiet  
ist ein Angebot von 90 Prozent des Spitzenlohns (Königs-  
berg) gemacht worden. Von den Arbeitnehmern wird  
gefordert, daß in diese Lohnklasse IA die Städte Gum-  
binnen und Spa noch mitgenommen werden. Mit  
der Höhe von 90 Prozent haben sich die Arbeitnehmer  
einstimmig erklärt.

Für die verbleibenden Orte des Lohngebiets II wird  
von den Arbeitgebern ein Lohnangebot von 86 Prozent  
gemacht, während die Arbeitnehmer 88 Prozent fordern.

Aus dem bisherigen Lohngebiet III werden die Städte  
Eensburg, Goldap, Bartenstein, Fr. Eylau, Heilsberg,  
Reichenburg und Johannisburg zu einer neuen Lohn-  
gruppe II A zusammengefaßt. Außerdem soll in dieses  
Lohngebiet noch Samland aufgenommen werden und  
wird hierbei seitens der Arbeitgeber ein Lohnangebot  
von 78 Prozent gemacht, während die Arbeitnehmer 80  
Prozent gefordert haben. Die verbleibenden Orte des  
bisherigen Lohngebiets III bleiben in III und wird  
hierfür ein Lohnangebot von 75 Prozent gemacht, seitens  
der Arbeitnehmer 78 Prozent gefordert. Von Arbeit-  
geberseite wird diese Gruppeneinteilung als gültig für  
die Dauer der neuen Lohnregelung des Schiedsgerichtes  
anerkannt.

Die Arbeitnehmer fordern, daß die Lohnklassenein-  
teilung vom 1. Januar 1926, eventuell 1. März 1926 wie  
folgt geändert wird:

Die Lohnspanne in IA verringert sich gegenüber dem  
Königsberger Lohn von 10 auf 8 Prozent. Die Orte der  
Lohnklasse II A werden der Lohnklasse II angegliedert,  
die Lohnklasse III wird die derzeitige Lohnklasse II A.

Die von den Arbeitgebern hier bezeichneten Lohn-  
angebote waren das Resultat einer mehrkündigen Ver-  
handlung.

gez.: E. Behrens.

Eine von sämtlichen Teilnehmern der Schlichtungs-  
stelle unterschriebene protokollierte Erklärung besagt,  
daß diese vier gefällten Schiedsprüche nicht als einheit-  
liches Ganzes, sondern als Einzelschiedsprüche zu be-  
trachten seien, über deren Annahme oder Ablehnung  
die betreffenden Bezirke zu befinden haben.

Danach haben also die Kollegen in den einzelnen  
Bezirken zu entscheiden.

### Arbeitgeberbewegung

#### Hofzimmermeister Noack †

Am 11. 9. starb in Dresden der Hofzimmermeister  
Noack im Alter von 64 Jahren. Der Verstorbene war  
eine führende Person im Deutschen Arbeitgeberbund für  
das Baugewerbe. In früheren Jahren nahm er regen  
An teil an den großen Verhandlungen im deutschen Bau-  
gewerbe. Wenn er auch die Arbeitgeberinteressen energisch  
vertraten hat, so war er doch ein Freund der gegenseitigen  
Verständigung. In diesem Sinne hat er oft gewirkt,  
auch bei den letzten großen Verhandlungen am 28. August  
d. J. in welcher die Aussperrung verhindert wurde.  
Er starb in den Zielen. In einer Sitzung wurde er  
von einem starken Unwohlsein befallen, das in wenigen  
Stunden seinen Tod herbeiführte.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe  
beruht in ihm eine seiner tüchtigsten Kräfte.

### Bekanntmachung

Leitung!

Verwaltungsstelle Münster i. W., Bül 29 II

Mitgliedsbuch Nr. 213631 auf den Namen Hein-  
rich Klaus (Kauter) ist gefunden.

Das Verbandsbuch kann bei obiger Verwaltung-  
stelle abgeholt werden.

Der Vorstand.

### Handwerksvereinschaft Nürnberg u. Umgebung

e. G. m. b. H.

Einladung.

Am Montag, den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet  
im Zentralfestsaal, Götzenhofstraße, eine  
außerordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Berichtigung der Goldmark-Eröffnungsbilanz und  
der darauf auf gebauten Bilanz für das Geschäftsjahr  
1924.

2. Bericht des Vorstands.  
Die Mitglieder werden dringend ersucht, vollständig  
zu erscheinen.

Der Vorstand. J. A.: Josef Bach.

## Aus der Technik unseres Faches

### Aus der Theorie des Eisenbetonbaues

#### II. Ueber den Einfluß der Verarbeitung des Betons auf die Festigkeit

Bei keinem Material hat die Verarbeitung auf der  
Baustelle einen solchen Einfluß auf die Festigkeit, als  
gerade beim Eisenbeton. So wichtig die statische Be-  
rechnung und die konstruktive Ausbildung eines Bau-  
werks auch ist: selbst die beste Berechnung und Kon-  
struktion wird vollständig wertlos, wenn bei der Bau-  
ausführung nicht alle einschlägigen Vorschriften be-  
achtet und damit die Voraussetzungen jeder Berechnung  
im Eisenbetonbau erfüllt werden. Es ist wohl nicht un-  
bekannt, daß bei weitem die meisten Einstürze von Eisen-  
betonbauwerken nicht auf Fehler in der Berechnung  
zurückzuführen sind, sondern auf fehlerhafte Bauaus-  
führung (schlechte Anordnung der Eiseneinlagen, zu frühes  
Ausgussen usw.). Dabei mag auch darauf hingewiesen  
werden, daß die rechnerischen Grundlagen für ein Bauwerk  
in den meisten Fällen (z. B. bei sämtlichen staatlichen  
oder städtischen Bauten) vom Bauherrn nachgeprüft  
werden, so daß der endgültige Entwurf kaum mehr  
größere Fehler in dieser Hinsicht enthalten kann. Wir  
haben außerdem in einem früheren Aufsatz schon gesehen,  
daß man bei dem Entwurf jedes Bauwerks immer von  
vornherein schon eine gewisse Sicherheit in Rechnung  
stellt, daß man also mit einem Ueberschuß von  
Material rechnet.

Was für Fehler können nun auf der  
Baustelle gemacht werden und welche Ein-  
wirkung üben diese Fehler auf die Festig-  
keit aus?

Zunächst ist natürlich darauf zu sehen, daß die  
Schalung so sorgfältig ausgebildet ist, daß sie auch  
wirklich das auf sie entfallende Gewicht aufnehmen und  
auf den Untergrund übertragen kann; denn jedes Nach-  
geben der Schalung führt unweigerlich zu Rißbildungen  
und hat sehr oft den Einsturz des Bauwerks zur Folge.

Beim Beton ist in erster Linie das angegebene  
Mischungsverhältnis genau zu beachten. Außer-  
dem ist aber auch die Rißdauer von Einfluß. Eine  
bindende Regel dafür läßt sich allerdings nicht fest-  
stellen; denn die Rißdauer hängt ganz von der Zu-  
sammensetzung des Materials ab; dabei spielt u. a.  
der Wasserzusatz eine große Rolle, ferner macht es natür-  
lich einen Unterschied, ob von Hand oder mit Maschine  
gemischt wird usw. Während z. B. bei Maschinen-  
mischung unter günstigen Verhältnissen eine Minute  
Rißdauer vollständig ausreicht, muß bei Handmischung  
ein Vielfaches dieser Zeit angewandt werden. Heute  
wird ja bei allen größeren Bauteilen wohl nur noch  
mit Maschine gearbeitet, besonders auch, weil dadurch  
neben der Zeitersparnis eine bedeutend gleichmäßigere  
und daher bessere Mischung erzielt wird als bei der  
Handarbeit.

Daß außer den bisher angegebenen Punkten auch  
auf genaue Einhaltung des vorgeschriebenen Wasser-  
zusatzes unbedingt zu achten ist, geht schon aus  
unserer ersten Betrachtung über die Herstellung und  
die Eigenschaften des Gußbetons hervor, wo wir ge-  
sehen haben, daß mit der Zunahme des Wassergehaltes  
einer Mischung die Festigkeit sich vermindert.

Bisher glaubte man, daß auch die Beschaffen-  
heit des Anmachwassers wesentlich auf die  
Festigkeit einwirke; doch wurde jetzt durch ausgedehnte  
Versuche von Prof. Abrams in Chicago festgestellt, daß  
eine merkbare Festigkeitsverminderung nur bei stark sa-  
lzer oder sulfursäurehaltigen Wasser zu erwarten ist, während  
selbst ein Schwefelgehalt bis zu 1 Prozent keine wesent-  
liche Abnahme der Festigkeit zur Folge hat. Es können  
also z. B. Sumpfwasser oder Bergwerkswasser unbe-  
denklich zum Anmachen des Betons benutzt werden.  
Interessant ist auch die Feststellung, daß selbst stark  
riechendes Wasser — z. B. das Abwasser von  
Schlacht- und Viehhöfen — keine Festigkeits-  
verminderung bewirkt.

Daß bei Stampfbeton ein sorgfältiges  
Stampfen für die Festigkeit von großer Bedeutung  
ist, bedarf wohl ebensowenig einer besonderen Hervor-  
hebung, wie die Forderung, daß die Eisen unbündelt  
genau nach der Zeichnung eingelegt werden  
müssen; denn sie können ihren Zweck — Aufnahme der  
Zugspannungen — nur dann erfüllen, wenn sie auch  
wirklich dort liegen, wo Zugspannungen auftreten —  
und das sind eben die in der Zeichnung angegebenen  
Stellen.

Als bekannt darf es wohl auch vorausgesetzt werden,  
daß der Beton nach dem Anmachen sofort  
verarbeitet werden muß; denn mit einem Material,  
das bei der Verarbeitung bereits abgebunden hat, kann  
man natürlich keine Festigkeiten erreichen. Etwas anderes  
ist es allerdings, wenn der Beton von der Mischmaschine  
bis zur Verwendungsstelle einen größeren Weg zu durch-  
laufen hat; hier kann sogar durch das nochmalige Durch-  
rütteln der Mischung auf dem Transport eine Erhöhung  
der Festigkeit eintreten. Doch ist auch hier darauf zu

sehen, daß die Transportwege — wenn es sich um flüssige  
Mischungen handelt — nicht zu lang sind, damit nicht  
vor der Verarbeitung schon das Abbinden eintritt.  
(Unter dem Abbinden versteht man bekanntlich die Ein-  
leitung der Erhärtung, die annäherungsweise dadurch fest-  
gestellt wird, daß der Fingernagel einen sichtbaren Ein-  
druck auf der weichen Masse hinterläßt. Läßt sich mit  
dem Fingernagel kein Eindruck mehr erzielen, so be-  
trachtet man diesen Zustand als das Ende des Ab-  
bindens. Es tritt dann die eigentliche Erhärtung ein,  
die bis zur Dauer von einem Jahr noch eine deutlich  
wahrnehmbare Zunahme erfährt. Späterhin treten nur  
noch geringfügige Erhöhungen der Festigkeit auf.)

Sind nun Eisen und Beton ordnungsmäßig ein-  
gebracht, so muß bekanntlich das Bauwerk noch — je  
nach der Jahreszeit — zirka zwei bis drei Wochen nach  
gehalten und vor der Sonne geschützt werden; dies  
geschieht durch Absprihen, Aufbringen von feuchten Säcken  
usw. Der Zweck dieser Maßnahmen ist die Verhin-  
derung des sog. Schwindens. Beim Erhärten  
an der Luft zieht sich der Beton nämlich zusammen,  
und dies kann zu Rißbildungen führen. Erhärten der  
Beton unter Wasser, so tritt ein Quellen — also eine  
Ausdehnung des Materials — ein, und diesen Umstand  
benutzt man, um das Schwinden durch Nachhalten des  
Bauwerks möglichst zu verhindern. Größere Schwindrisse  
können leicht zur Zerstörung des Bauwerks führen, und  
deshalb ist es sehr wichtig, daß die Vorschriften über  
die Nachbehandlung des Betons (also vor  
allem das Nachhalten) genau beachtet werden.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß man  
auch in der Beachtung der Vorschriften über das  
Nachhalten (zwei bis vier Wochen nach Fertigstellung)  
nicht vorichtig genug sein kann; denn, wie schon ein-  
gangs erwähnt, erfolgen die weitaus meisten Einstürze  
im Eisenbetonbau infolge zu frühen Ausschalen. Anderer-  
seits soll aber ein Bauwerk auch nicht zu lange ein-  
geschalt bleiben, damit der zur Erhärtung nötige Luft-  
zutritt in genügendem Maße erfolgen kann.

Inm Vorstehenden wurde versucht, wenigstens die  
wichtigsten Einwirkungen der Verarbeitung des Betons  
auf die Festigkeit klarzulegen. In Anbetracht der großen  
Bedeutung, die gerade dieses Gebiet für die Ausführung  
eines Bauwerkes besitzt, möchte ich mir indessen vor-  
behalten, auch in späteren Aufsätzen noch bei passender  
Gelegenheit auf die eine oder andere Auswirkung einer  
mangelhaften Materialverarbeitung einzugehen, denn eine  
sachgemäße Verarbeitung des Betons auf der Baustelle  
ist eine der wesentlichsten Grundlagen für die Festigkeit  
eines Bauwerkes.

B. Riehm, Dipl. Ing.

#### Verwendung von Schlackensteinen

Der Volkswohlfahrtsminister hat unter dem 30. Juni  
1925 den nachstehenden Erlaß über die baupolizeiliche  
Zulassung von Schlackensteinen und ähnlichen Kunst-  
steinen herausgegeben:

Für die baupolizeiliche Behandlung der Schlacken-  
steine sind lediglich die Bedingungen unter D. II d (Mauer-  
werk aus künstlichen Steinen) der Bestimmungen über  
die bei Hochbauten anzunehmenden Belastungen und über  
die zulässigen Beanspruchungen der Baustoffe vom  
24. Dezember 1919 maßgebend.

Hiernach ist es nicht angängig, die Zulassung der  
Schlackensteine von der Art der Bindemittel (Kalk oder  
Zement) abhängig zu machen. Auch mit Kalk zusamen-  
gesetzte Schlackensteine können, wie auch die vorgelegten  
Prüfungszeugnisse dartun, sehr wohl die nach II d  
Ziffer 1-4 der vorgenannten Bestimmungen voraus-  
gesetzten Druckfestigkeiten aufweisen.

Dagegen ist es nicht statthaft, derartige Steine,  
wenn sie nicht durchweg eine Druckfestigkeit von  
100 kg/cm<sup>2</sup> (Ziffer 5) besitzen, über die in Ziffer 4 der  
Bestimmungen vorgesehenen Bauteile hinaus zuzulassen.

Legt man für die Schlackensteine und ähnliche Kunst-  
steine eine in den Bestimmungen zwar nicht angegebene,  
aber aus den zulässigen Druckspannungen sinngemäß  
zu folgernde Druckfestigkeit der Steine von mindestens  
60 kg/cm<sup>2</sup> zugrunde, so sind diese Steine außer für  
Flachbauten (Bauten von nicht mehr als zwei Stock-  
geschossen) und unbelastete Innenwände auch für  
höhere, aber untergeordnete Bauten (z. B. Mittelhäuser)  
zulässig, wenn das Mauerwerk nicht mehr als einem  
Jehntel der nachgewiesenen Steindruckfestigkeit und  
höchstens mit 6 kg/cm<sup>2</sup> beansprucht wird. Zu tragenden  
Bauteilen (Pfeilern) auch bei untergeordneten Bauten  
(vergl. Bemerkung in Ziffer 7 der Bestimmungen) oder  
für die Umfassungswände aller über die Klein- und  
Mittelhäuser hinausgehenden Gebäude, also mit größerer  
Ruhlast als 200 kg/cm<sup>2</sup> (vgl. Ca 2 der Bestimmungen),  
sind sie demnach nicht gestattet.

Wegen der Verwendungsmöglichkeit der Schlacken-  
steine und Schwammsteine zur Herstellung von Schora-  
steinen verweise ich auf meinen Erlaß vom 11. November  
1924 — II 9. 575 —. Hinsichtlich der in leichter Bauart  
an Hauptverkehrsstraßen geplanten Gebäude, die fort-  
geschrittenen Erhütterungen durch Lastkraftwagen ausge-  
setzt sind, ist mein Erlaß vom 28. Juni 1924 — II 9. 401 —  
zu beachten. (II 11. 401.)